

Stadtverordnetenversammlung Stadt Cottbus / město Chóšebuz



Antrag

Antrags-Nr.: 56/19

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Antragsteller: Auss. für Wirtschaft, Bet. & Strukturw.

Antragsdatum: 05. Dezember 2019

Beratungsfolge:	Datum		Datum
☐ Dienstberatung Oberbürgermeister ☐ Ausschuss für Haushalt und Finanzen ☐ Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen ☐ Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten ☐ Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten ☒ Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel	05.12.19	☐ Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz ☐ Ausschuss für Bau und Verkehr ☒ Hauptausschuss ☒ Stadtverordnetenversammlung ☐ Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf ☐ Information an AG Ortsteile ☐ Jugendhilfeausschuss	 11.12.2019 18.12.2019

Antragsgegenstand:

Beauftragung einer Übersicht für Projekte aus dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen (Stand Gesetzentwurf 2019) sowie dem Sofortprogramm des Landes Brandenburg mit Auswirkungen auf die Stadt Cottbus/Chóšebuz

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chóšebuz möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine (fortschreibbare) Liste für die in den dafür maßgeblichen Grundlagen derzeit benannten Projekte des Strukturwandels auf dem Gebiet der Stadt Cottbus/Chóšebuz zu erarbeiten. Die Übersicht sollte nach den Zuständigkeiten differenziert werden:

1. Projekte in direkter Federführung der Stadtverwaltung Cottbus/Chóšebuz (z.B. Radweg und Kunstprojekt Seeachse, Radrundweg Cottbuser Ostsee)
2. Projekte in mittelbarer Betroffenheit der Stadtverwaltung Cottbus/Chóšebuz mit strategischer Zielstellung für die Kommune (z.B. Ausbau 2. Gleis Lübbenau nach Cottbus, Ansiedlung von Forschungsinstituten und Kompetenzzentren)

Die Liste sollte einen Überblick im Sinne einer Kurzbeschreibung zu den derzeit bekannten Vorhaben und deren Verantwortlichkeiten beinhalten sowie den Flächenbedarf, die Arbeitsplatzanzahl als auch die finanziellen Rahmenbedingungen und Folgewirkungen benennen.

Der aktuelle Sachstand sollte im Rahmen einer Berichterstattung halbjährlich durch die Verwaltung im Zusammenwirken mit der Staatskanzlei Brandenburg, hier dem Lausitzbeauftragten, und der Wirtschaftsregion Lausitz WRL erfolgen; projektbezogen und bedarfsweise sollte eine Information gesondert stattfinden.

Unterschrift Antragsteller/in

Beschlussniederschrift

Gremium: ☐ HA ☐ StVV
☐ einstimmig ☐ mit Stimmenmehrheit
☐ laut Beschlussvorschlag
☐ mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:
 Anzahl der **Ja**-Stimmen:
 Anzahl der **Nein**-Stimmen:
 Anzahl der **Stimmenthaltungen**: